21. Sonnabend den 25. Januar 1862. 21.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 25. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Königlich Hannoverschen Staats-Minister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen von Platen-Hallermund, den Königlichen Kronen-Orden erster Klasse und dem bisherigen Großherzoglich Hessischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister zu Berlin, von Biegeleben, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern zu verleihen; ferner den Kammerherrn und Geheimen Legationsrath Grafen von Perponcher-Sedlnitzky zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich bayrischen Hofe; und den zum Ober-Pfarrer an der St. Marien-Kirche in Danzig berufenen bisherigen Diakonus Reinicke in Marienwerder zum Superintendenten der Stadtsynode Danzig zu ernennen; so wie den Ober-Steuer-Inspektoren Akelbein in Görlitz, Seelmann in Kottbus, und Lohmann in Marienwerder, imgleichen dem Ober-Zoll-Inspektor von Hauenschild in Tilsit, den Charakter als Steuer-Rath zu verleihen; endlich den nachbenannten Personen die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar: des Kommandeurkreuzes des Kaiserlich französischen Ordens der Ehrenlegion: dem Kommandeur des 3. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 71, Obersten von Blumenthal; des Ritterkreuzes des Königlich hannoverschen Guelphen-Ordens: dem Major von Barner vom 1. Garde-Dragoner-Regiment; des Ritterkreuzes des Herzoglich sachsen-ernestinischen Haus-Ordens: dem Hauptmann und Kompagnie-Chef Mueller vom 2. Schlesischen Jäger-Bataillon Nr. 6; des Verdienstkreuzes desselben Ordens: dem Premier-Lieutenant Schweichler vom 1. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 13 und dem Sekonde-Lieutenant von Nickisch-Rosenegk vom 2. Schlesischen Jäger-Bataillon Nr. 6; so wie des Fürstlich Waldeckschen Militär-Verdienstkreuzes zweiter Klasse: dem Premier-Lieutenant Wienand vom 5. Westfälischen Inft. Regt. Nr. 53.

Der Hütteninspektor Theodor Stentz ist zum Hüttendirektor der K. Eisengießerei bei Gleiwitz ernannt.

Der bisherige Kanzleidiätarius Christian August Friedrich Bauch ist als Sekretär der Generalkasse des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten angestellt worden.

Am Gymnasium zu Mühlhausen ist die Anstellung des Schulamtskandidaten Dr. Schippang als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Angekommen: Der General-Major und Kommandeur der 8. Kavallerie-Brigade, Graf zu Münster-Meinhövel, von Erfurt.

Abgereist: Se. Exzellenz der Erb-Landmarschall im Herzogthum Schlesien, Kammerh. Graf von Sandretzki-Sandraschütz, nach Langenbielau.

Telegramme der Posener Zeitung.

München, Freitag 24. Januar. Die beiden Söhne des Prinzen Luitpold von Bayern, die Prinzen Ludwig und Leopold, werden in der nächsten Woche nach Athen abreisen. Der älteste dieser Prinzen, Ludwig, wird als präsumtiver Thronfolger Griechenlands bezeichnet.

Dresden, Freitag 24. Januar, Nachmittags. Das heutige „Dresdner Journal“ veröffentlicht den gegen den Nachdruck von Seiten Sachsens beim Bundestage eingebrachten Antrag. — Das „Dresdner Journal“ dementirt die von der „Kölnischen Zeitung“ gebrachte Nachricht von einer neuen Würzburger Konferenz und sagt, daß an eingeweihter Stelle vorläufig nichts davon bekannt sei.

London, Freitag 24. Jan. Mit der Ueberlandpost eingetroffene Nachrichten melden aus Kalkutta vom 30. Dezember, daß mit dem Monate März das neue Papiergeld in Zirkulation kommen werde. Die Regierung hat Maaßregeln zur Erleichterung der indischen Baumwollenausfuhr angeordnet. — Aus Kanton wird vom 14. Dezember gemeldet, daß die Situation in Japan und China befriedigend sei. Peking sei ruhig; die Berichte aus Jangsthy und Hoangho lauten zufriedenstellend. In Shanghai hingegen war man auf das Gerücht, daß Ningpo von den Insurgenten umringt sei, beunruhigter; ein englisches Kriegsschiff war nach dieser Stadt abgegangen. Die Franzosen hatten von Rulo-Candore (?) in Kochinchina Besitz genommen. (Die Depesche sagt wörtlich: français pris posses, si on rulo candore dans cochin chine.)

Brüssel, Freitag 23. Januar, Abends. Die „Indépendance“ sagt, daß die Konferenzen des Königs von Belgien mit den politischen Notabilitäten in London den Zweck hätten, die Beziehungen der Krone zu den Führern der Parteien zu regeln und die durch das Ableben des Prinzen Gemahls entstandene Lücke auszufüllen. Das Gerücht von der bevorstehenden Abdankung der Königin von England sei falsch.

(Eingeg. 25. Januar 9 Uhr Vormittags.)

□ Die Parteien im Hause der Abgeordneten.

Es ist sehr viel mehr fable convenue als Wahrheit in dem altkonstitutionellen Satze von dem Segen eines regen parlamentarischen Parteilebens für den Staat im Allgemeinen oder für jeden Staat. Da ist einmal in England zur Zeit, als die Whigs und Tories noch in einem ziemlich regelmäßigen Turnus sich in der Regierung des Landes ablösten, die triviale Bemerkung gemacht worden, diese mehreren regierungsberechtigten oligarchischen Kliquen, ihr traditioneller Gegensatz und der Wechsel ihrer Herrschaft hätten manche Vorzüge vor der gewöhnlichen stabilen Oligarchie voraus, und flugs hat man daraus ein gemeingültiges politisches Axiom abdestillirt. Wovon fristen unsere politischen Parteien ihr Dasein, wenn nicht von dem Streit und dem Hader über irgendwelche selbstsüchtigen sozialen Interessen oder über irgendwelche abstrakten Wahrheiten, die künstlich zu staatlichen Lebensfragen hinaufgeschraubt wordan sind? Und wann hat ein Staat schon durch die Uneinigkeit seiner Bürger und die Lebhaftigkeit innerer Konflikte an Macht und Gesundheit zugenommen? Hälte jener konstitutionelle Satz von den Parteien wirklich die beanspruchte absolute Geltung, der Anblick unserer gegenwärtigen Volksvertretung müßte dem konstitutionellen Leben in Preußen heute ein ganz besonderes Gedeihen versprechen. An Fraktionen wenigstens hat das jetzige Haus der Abgeordneten fürwahr keinen Mangel; Altkonservative, Altliberale, Gouvernementale, Ministerielle, unabhängige Liberale, Preußische, Deutsche Fortschrittsmänner, Katholiken, Polen — da ist jede politische Schattirung, jede Strömung der Volksanschauungen in besonderer Bildung und Gestaltung vertreten.

Doch fordert der Erfolg, mit dem diese parlamentarischen Parteien bei der jüngsten Wahl der Präsidenten ihre Kräfte gemessen haben, zu ernsteren Betrachtungen heraus, als konstitutionelle Redensarten sie darbieten können. Es ist Thatsache geworden, daß das Ministerium, welches in der vorletzten Session des Landtags noch über die ganze liberale Majorität der Volksvertreter fast unbedingt zu verfügen hatte, in dieser Session auf eine sichere Majorität überhaupt nicht mehr zählen kann. Die Partei Grabow bietet der bisherigen Politik des Ministeriums gar keine zuverlässige Stütze; sie hat es selbst aussprechen müssen, daß die Wahl ihres Führers zum Präsidenten lediglich eine persönliche Anerkennung, aber keine Anerkennung der Partei enthält, und ihr Unterliegen bei der Wahl der beiden Vize-Präsidenten beweist es thatsächlich genug. Die Fortschrittspartei, von der es gewiß ist, daß sie von Tag zu Tage die Unterstützung des Ministeriums an sich immer entschiedener aufgeben wird, balancirt schon für sich allein an Stimmenzahl fast die ministerielle Fraktion (75 gegen 83 Mitglieder). Das Zentrum gravitirt aber so überwiegend nach links und nicht nach rechts, daß es kaum zweifelhaft sein kann, die Fortschrittspartei werde in den meisten entscheidenden Fragen die Majorität für sich gegen das Ministerium haben.

Es ist dringend zu wünschen, daß die Staatsregierung die Situation, in der sie sich gegenüber der Volsvertretung und dem Volke befindet, möglichst rückhaltslos in's Auge fasse. Noch ist das Vertrauen zu den Personen und den Grundsätzen der Minister im Volke in keiner Weise geschwächt. Nur der Glaube an den Ernst ihres Willens und die Kraft ihres Vollbringens schwindet stündlich mit erschreckender Schnelligkeit. Wenn das Ministerium unglücklicherweise in den Irrthum verfallen sollte, die Aufgaben seiner innern Politik fortan etwa in ein bloßes Negiren und Bekämpfen der Forderungen der Fortschrittspartei zu setzen, dann, kann es mit Sicherheit überzeugt sein, werden die nächsten Wahlen eine eklatante Majorität der Fortschrittspartei bringen, und der Konflikt zwischen Krone und Volk wird offen vorliegen.

Daß ein liberales Ministerium in einer durch und durch liberalen Kammer nicht nur eine absolute Majorität nicht für sich hat, daß unter einem solchen Ministerium in einer solchen Kammer überhaupt eine geschlossene, von gleichartigen politischen Grundsätzen geleitete absolute Majorität nicht vorhanden ist: diese Thatsache enthält nach unserer Ansicht vor Allem die Mahnung an die Staatsregierung, ihrer Politik, sei es in den Dingen des äußeren, sei es des inneren Staatslebens einen tieferen Gehalt zu geben, als bloße liberale Gesinnungen ihn gewähren. Jede Politik des positiven Handelns, des thätigen Fortbildens und Fortstrebens, vor Allem aber jede Politik, welche dem nationalen Ehrgeiz Nahrung gewährt, wird in Preußen mehr als in irgend einem anderen Staate rasch über alle Parteizersplitterung triumphiren und den Volksgeist in vollstem Umfange und ganzer Kraft für sich haben. Das üppige Aufwuchern eines wirren Parteilebens ist dagegen ein untrügliches Zeichen, daß es der Politik an inhaltsreichen realen Zielen gebricht, welche der Nation und den Bedürfnissen nationalen Thatendrangs einen festen Vereinigungspunkt darbieten.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 24. Jan. [Fortschrittspolitik der Regierung; die neue Kreisordnung und der Entwurf des Jahres 1860; die Vorlage über Ministerverantwortlichkeit.] Beide Häuser des Landtages sind mit Regierungsvorlagen reichlich bedacht worden, so daß sie gleich vom Beginn der Session vollauf zu thun haben, obgleich allerdings erst die Kommissionen ihre vorbereitende Arbeit absolviren müssen, ehe Plenarberathungen stattfinden können. Jedenfalls hat die Regierung durch ihre Reformentwürfe, welche in die wichtigsten Gebiete des Staatslebens eingreifen, thatsächlich den Beweis geführt, daß sie das Programm einer praktischen „Fortschrittspolitik“ zu verwirklichen strebt. Auch die Vorlagen über die Ober-Rechnungskammer und über die Ministerverantwortlichkeit, welche bekanntlich in den höchsten Sphären mit erheblichen Bedenken zu kämpfen hatten, sind sofort der parlamentarischen Beschlußnahme überantwortet worden, und es ist begründete Aussicht vorhanden, daß noch zwei wichtige Entwürfe, nämlich die eines Unterrichtsgesetzes und einer Städteordnung, im Laufe der Session für die Reformthätigkeit der Regierung Zeugniß ablegen werden. Namentlich der Entwurf der Städteordnung soll in der Ausarbeitung so weit vorgerückt sein, daß die Vorlage schon in nahe Aussicht gestellt werden kann.

In dem Entwurfe einer Kreisordnung für die ganze Monarchie, welcher gestern im Herrenhause eingebracht wurde, sind hauptsächlich zwei Punkte zu beachten, welche von dem Entwurfe des Jahres 1860 abweichen. Zunächst wird die Vertretung des großen ländlichen Grundbesitzes im Kreistage erheblich beschränkt. Nach dem früheren Entwurfe fiel denselben in der Regel die Hälfte der Gesammtvertretung zu. Die jetzige Vorlage bestimmt, daß zunächst der städtische Wahlverband jedes Kreises eine nach Verhältniß der Bevölkerung bestimmte Anzahl von Abgeordneten, welche jedoch den dritten Theil der Gesammtvertretung nicht überschreiten darf, für den Kreistag zu ernennen hat. An der Wahl der übrigen Kreisvertreter sind die Wahlverbände des großen Grundbesitzes aus den Landgemeinden nach Verhältniß des Flächenraums mit der Maßgabe betheiligt, daß der große Grundbesitz mindestens die Hälfte der ländlichen Vertretung zu wählen hat, wenn die Anzahl der großen Besitzungen die Hälfte der für die ländliche Vertretung bestimmten Abgeordnetenzahl erreicht. In Kreisen, wo der große Grundbesitz diese Zahl nicht erreicht, soll er wenigstens so viel Abgeordnete ernennen, als große Besitzungen vorhanden sind. Der zweite wichtige Punkt ist, daß der neue Entwurf einfach die Ernennung des Landraths durch den König vorschreibt und somit dem Präsentationsrechte keinen legalen Anhalt giebt. Es würde sonach ganz in dem Ermessen der Regierung stehen, wie weit sie demselben einen Einfluß verstatten will. — Aus dem Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister kann ich Ihnen schon vor dem Abdruck einige wesentliche Bestimmungen mittheilen. Die Minister können wegen Verfassungsverletzung angeklagt werden. Als Verfassungsverletzung wird betrachtet, wenn ein Minister sich durch Handlung oder Unterlassung eines Eingriffs in die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte, unter Zuwiderhandlung gegen ausdrückliche Gesetzesvorschriften vorsätzlich und mit dem Bewußtsein der Verfassungswidrigkeit schuldig gemacht. Wenn der Angeklagte schuldig befunden wird, so kann die Strafe auf Einschließung bis zu fünf Jahren lauten. Die Verurtheilung hat die Amtsentsetzung des Ministers und die Unfähigkeit zu einem solchen Posten zur Folge. Dem Könige steht das Begnadigungsrecht zu; doch verzichtet er darauf, dem Verurtheilten ein Ministeramt zu übertragen.

(**Berlin**, 24. Januar. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König, die königlichen Prinzen und mehrere fürstliche Personen, so wie die geladene Jagdgesellschaft fuhren, wie schon gemeldet, heute Morgen nach Potsdam, jagten daselbst bis 4 Uhr in den königlichen Gärten und kehrten alsdann mittelst Extrazuges wieder hierher zurück. Das Dejeuner wurde im Freien eingenommen. Nach Aufhebung der Tafel konferirte der König noch in seinem Palais mit den Ministern v. d. Heydt und Graf Bernstorff. Morgen Vormittag wird wieder im Beisein des Kronprinzen ein Ministerrath abgehalten; derselbe findet im Hotel des Staatsministeriums statt. — Heute ist bei dem Grafen Schwerin und morgen bei Hrn. v. Patow eine glänzende Soirée. Schon heute Morgen waren Gärtner in beiden Hotels beschäftigt, die Aufgänge und die Säle, welche die Gäste aufnehmen sollen, mit den schönsten Blumen und Topfgewächsen zu dekoriren. Eine ganz besondere Rührigkeit zeigte sich im Finanzministerium, da hier vornehmlich die Tapezirer für das morgende Fest noch alle Hände voll zu thun haben. Der prachtvollen Ausstattung des neuen Saales ist schon Erwähnung geschehen. Außer den Brustbildern der Minister v. Stein, v. Hardenberg, v. Maaßen und v. Matz befinden sich auch noch schöne allegorische Darstellungen an der Decke. Die glanzvolle Dekoration des Saales wird allgemein bewundert. Die Erleuchtung wird durch einen herrlichen Kronleuchter und durch Wandkandelaber, wie sie sich im Opernhause befinden, bewirkt. Der Fußboden ist parkettirt. Eben so glänzend wie der Saal sind auch die Vorzimmer ausgestattet. Wie ich heute hörte, glaubt man mit Bestimmtheit darauf rechnen zu können, daß die Majestäten, der Kronprinz und andere Mitglieder des Königshauses diese erste Soirée des Herrn v. Patow durch ihren Besuch verherrlichen werden. Die Erwärmung der Lokalitäten im Finanzministerium geschieht durch Wasserheizung. — In dem gestrigen Hofkonzert wirkten die Damen Köster und Lucca, Herr Formes und der Konzertmeister Jean Becker mit. Die Musik- und Gesangvorträge hatten meist einen ernsten Charakter; nur der Walzer aus der Oper „Faust“ von Gounod, von Frl. Lucca gesungen, dürfte eine Ausnahme machen. — Das Friedrichs-Monument war heute mit zahllosen Kränzen geschmückt und eine große Volksmenge umstand dasselbe den ganzen Tag. Im Laufe des Vormittags umzogen Schüler, von ihren Lehrern geführt, das Standbild und bekränzten das eiserne Gitter, welches das Denkmal einschließt. Auch die Helden auf dem Postament waren schön bekränzt. Unter den Kränzen am Gitter befanden sich zwei mit Inschriften; die eine lautete: „Dem Vater des Vaterlandes die dankbaren Urenkel,“ und „Dem Einzigen“. — Der Geheime Legationsrath Theremin, welcher an Stelle des erkrankten Herrn v. Meusebach zum Ministerresidenten in Brasilien ernannt ist, wird Ende April oder Anfangs Mai dorthin abgehen. Personen, welche die brasilianischen Verhältnisse genau kennen wollen, behaupten, daß Herr Theremin kein geeigneter Vertreter Preußens sei, und daher mag auch wohl das Gerücht kommen, daß die Ernennung zurückgenommen sei. — Der Urlaub des Balletmeisters Paul Taglioni läuft am 1. Febr. ab und wird derselbe an diesem Tage aus Mailand hier zurückerwartet. Der ihm verliehene Kronenorden ist nach Mailand geschickt worden.

— [Zur Stempelsteuer.] Einer Verfügung des Finanzministers zufolge soll in denjenigen Fällen, wo Abonnenten, welche im Auslande auf preußische steuerpflichtige Blätter pränumerirt haben, im Laufe der Abonnementsperiode ihren Wohnsitz oder zeitweisen Aufenthalt nach einem preußischen Orte verlegen und dann die einzelnen Nummern an diesem letzteren Orte in Folge stattgehabter Ueberweisung ausgehändigt erhalten, da alsdann die bei der Versendung nach dem Auslande zugestandene Steuerfreiheit aufhört, für jede in dieser Weise zum Gebrauche im Inlande gelangende Nummer eine Stempelsteuer von drei Pfennigen durch die Postanstalten erhoben werden.

Magdeburg, 23. Jan. [Untersuchung gegen v. Sobbe.] Der „Magd. Corresp. meldet, angeblich aus zuverlässiger Quelle: „Es ist bis jetzt ein Urtheilsspruch noch nicht publizirt, und die Annahme der Verurtheilung des Lieutenants v. Sobbe zu 5 Jahren

und des Lieutenants Putzki zu 2 Jahren Festungsarrest beruht nur in einer Muthmaßung, welche darauf sich gründen dürfte, daß 5 Jahre Gefängniß das höchste Strafmaaß sind, welches auf den ersteren Offizier „wegen schwerer Körperverletzung, die den Tod zur Folge hatte, bei Annahme von mildernden Umständen“, zur Anwendung gebracht werden kann. Bekanntlich wird gegen Militärpersonen bei nicht militärischen Verbrechen und Vergehungen das Zivilstrafgesetzbuch in Anwendung gebracht. Dasselbe bedroht Jeden wegen Todtschlages mit 2 Jahren Gefängniß bis zu 20 Jahren Zuchthaus, je nachdem mildernde Umstände dabei mitwirken; wegen schwerer Körperverletzung aber, die den Tod zur Folge hatte, „mit 6 Monaten bis 5 Jahren Gefängniß bei Annahme von mildernden Umständen“; mit mindestens 10 Jahren Zuchthaus jedoch, wenn mildernde Umstände nicht vorhanden sind. Festungsarrest verhält sich zur Gefängnißstrafe wie 3 : 2, zur Zuchthausstrafe wie 9:4, so daß also z. B. 5 Jahre Gefängniß = 7½ Jahren Festungsarrest sind.“

Oestreich. Wien, 22. Jan. [Tagesnotizen.] Der Kaiser hat in Anerkennung der Verdienste des Feldherrn der italienischen Armee, FZM. Benedek, demselben das Großkreuz des Leopoldordens verliehen. — Allen englischen Offizieren, die sich in Oestreich aufhalten und die Aufforderung erhalten hatten, nach England zurückzukehren und sich für den Fall eines Krieges mit Amerika zur Verfügung zu stellen, wurde der Urlaub wieder verlängert. — Nach dem „Siebenbürg. Boten“ haben sämmtliche ungarische Gubernialräthe in Klausenburg mit Ausnahme des Grafen Nemer am 10. d. abgedankt. — Das Prager erzbischöfliche Konsistorium hat gegen den Beschluß des Professorenkollegiums der dortigen Universität, den ordentlichen Professor des Strafrechts Dr. Wessely als Promotor anzuerkennen, wegen des israelitischen Glaubens des letzteren protestirt und diesen Protest dem Staatsministerium unterbreitet. Dasselbe ist indessen dem Ansinnen des erzbischöflichen Konsistoriums entschieden entgegengetreten und hat in dem israelitischen Glaubensbekenntnisse des Professors kein Hinderniß erblickt, welches dessen Funktionirung als Promotor im Wege stehen könnte. — In Triest ist mit dem Dalmatiner Boote ein Adjutant des Fürsten von Montenegro angekommen, der mit einer politischen Mission betraut ist. Uebrigens herrschte in Triest am 18. d. ein so furchtbarer Sturm mit Schneegestöber, daß die Abfahrt sämmtlicher Dampfer, auch des Levante-Eildampfers, verschoben werden mußte und man auf neue Hiobsposten von der See gefaßt ist. — Wie die „A. Z.“ erzählt, hat die k. preußische Regierung im diplomatischen Wege durch den hiesigen k. preußischen Gesandten Baron Werther, wegen eines die preußische Marine herabsetzenden Artikels eines hiesigen Tageblattes reklamirt, und dürfte die Sache vielleicht zu einem Preßprozeß führen, in welchem die preußische Regierung als Kläger erscheint.

— [Der französische Konsul Hecquard.] Man schreibt von hier der „Südd. Z.“ Folgendes: Man hat von hier aus dem Fürsten Metternich die Weisung zukommen lassen, Baron Thouvenel von dem Wunsche zu unterrichten, daß Herr Hecquard, der französische Generalkonsul in Skutari (Albanien in der Türkei), von seinem Posten abberufen werde, oder daß man ihn wenigstens veranlasse, das östreichische Gebiet nicht mehr als seinen Aufenthalt zu wählen. Konsul Hecquard ist bekanntlich schon über neun Jahre der Vertreter Frankreichs in Ober-Albanien und hat als solcher mit rastloser Thätigkeit jene bekannten Beziehungen zu Montenegro und den Häuptlingen der südslawischen Agitation in der Herzegowina und Bosnien angeknüpft. Seiner Wirksamkeit hat es Louis Napoleon zu danken, daß er um einen verhältnißmäßig geringen Geldaufwand in der Czernagora eine Art Vasallenstaat zur Verfügung hat, welcher unaufhörlich rumort und die für die Pariser Diplomatie nothwendige Unruhe an den Grenzen Oestreichs wach erhält. In neuerer Zeit war Hecquard ganz besonders thätig; seit man im französisch-sardinischen Kriegsrathe das Schreckgespenst einer Garibaldischen Expedition nach Dalmatien erfunden hat und zu dem Zwecke Luka Vukalovich in Scene setzte, verdoppelte und verdreifachte sich Hecquard. Er ertheilte vor jeder Bewegung den Befehl, er zahlte die Subsidien und Geldbelohnungen an die insurgirte Rajah aus und überwachte, wie versichert wird, auch den Waffenschmuggel, welcher eine Zeit lang von der Küste nach dem Innern des Landes so lebhaft betrieben wurde. (Hecquard ist nun, wie schon telegraphisch erwähnt, abberufen und nach Damaskus versetzt worden.)

Bremen, 23. Jan. [Die Bremen-Geeste-Bahn] ist heute Morgen dem regelmäßigen Verkehr übergeben worden und bis zum 1. April werden täglich zwei Züge von hier nach Geestemünde-Bremerhaven abgehen, alsdann tritt eine Vermehrung derselben ein. Irgend welche Feierlichkeiten haben bei der Eröffnung nicht stattgefunden. (Wes. Ztg.)

Großbritannien und Irland.

London, 22. Januar. [Die amerikanische Finanzkrisis.] Die „Times“ sagt in ihrem Börsenbericht: Die neuesten Kaufmannsberichte aus Amerika zeigen, daß der Staatsbankerott so rasche Fortschritte macht, als man erwartet hatte. Gold steht beinahe schon auf 5 Proz. Prämie, und die Folge davon ist, daß die bisher auf 100 Millionen Dollars veranschlagten jährlichen Kriegskosten auf 105 Millionen gesteigert werden müssen. Die Massen in Amerika verstehen jedoch offenbar eben so wenig von finanziellen als von politischen Prinzipien und haben, irregeleitet von der Presse, keine Ahnung von dem, was die Folge sein wird. Noch hört man nichts von Einschränkung oder Besteuerung. Letztere, heißt es, müsse reiflich erwogen werden, während die Ausgaben sofort gedeckt werden müßten. So kommt es, daß sofort uneinlösbare Noten im Betrage von 20 Millionen Pfd. St. ausgegeben worden sind, d. h. eine eben so große Summe, als gegenwärtig der Notenumlauf der englischen Bank beträgt, die aber kaum genügen dürfte, um die lange rückständigen Zahlungen an drängende Lieferanten und Agenten zu leisten. Dem Publikum wird bedeutet, es seien diese Noten dasselbe, was die englischen Schatzscheine sind, mit dem alleinigen Unterschiede, daß sie nicht wie diese Zinsen tragen, wobei aber der andere Unterschied verschwiegen wird, daß Jedermann gezwungen ist, jene Noten anzunehmen, während Schatzscheine nur von denen gekauft werden, die eben Lust haben. Genug an dem, daß man, wie bei der „Trent“-Affaire, die Leute auf das Beispiel Englands verweist. Trotz alledem fangen einige Leute an, Angst zu bekommen, und da in der Presse jede freie Meinungsäußerung verboten ist, so waren in der Stadt Newyork Plakate angeschlagen worden, darauf die Worte „Friede um jeden Preis“. Der Metallvorrath der Banken war in den letzten Tagen wieder um 1 Million Pfd. zusammengeschmolzen, steht aber fortan unter keiner öffentlichen Kontrole, da kein Metall weiter gezahlt wird. Einige der angesehensten Kaufleute sind der Ansicht, daß Gold vor Ablauf des Monats auf 10 und, wenn der Krieg sich bis Mitte Sommers hinziehen sollte, auf 50 Proz. steigen werde. Die nordwestlichen Staaten sollen über die Aussicht auf eine Besteuerung höchst mißvergnügt sein, doch wird daselbst noch jede mißliebige Aeußerung aus Furcht vor Denunzianten unterdrückt. Denn die Spione sind furchtbar geworden, und neben dem Staatsbankerott schreitet der Terrorismus einher. Nebenher wird der Gedanke angeregt, aus Rache gegen England wegen der „Trent“-Affaire den Reziprozitätstraktat mit Kanada aufzuheben. Man scheint zu vergessen, daß dieser auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen wurde und noch für die nächsten 4 Jahre in Kraft besteht.“

— [Tagesnotizen.] Die Frage, ob der Hafen von Charleston wirklich zerstört worden, scheint den verbissenen Unionsfeinden keiner Untersuchung werth. In „Daily News“ aber wird auf folgende Stelle in einer amerikanischen Korrespondenz der „Times“ aufmerksam gemacht, in welcher es heißt: „Am 26. Dezember ist es dem konföderirten Kaperschiffe „Ella Warley“, alias „Isabel“, nach mehreren Versuchen gelungen, fortzusegeln, obgleich 11 föderalistische Kriegsschiffe vor Charleston lagen. Der „Pocahontas“ machte Jagd, gab sie aber wieder auf. Am 2. Januar kehrte die „Isabel“, obgleich gejagt und mit Bomben beschossen, wieder nach Charleston zurück.“ Wie kann ein Hafen unzugänglich gemacht sein, den man mit 11 Kriegsschiffen nicht hermetisch zu blokiren vermag. — Den dieser Tage einer Korrespondenz aus Baltimore entnommenen Mittheilungen, welchen zufolge die nordstaatlichen amerikanischen Gefangenen schlecht behandelt worden wären, widerspricht Herr James Fergusson in der „Times“. Er sagt, während seines im Oktober vorigen Jahres stattgehabten Aufenthalts in Richmond habe er sich vom Gegentheil überzeugt und einem Jeden, der es verlangte, sei freier Zutritt zu den Kriegsgefangenen gestattet worden. — Die Aussichten auf Rettung der in Northumberland verschütteten 215 Grubenarbeiter scheinen immer mehr zu schwinden. Gestern Abends um 8 Uhr war es trotz aller eifrigen Versuche, sich bis zu ihnen durchzugraben, noch immer nicht gelungen, freie Bahn zu machen. — Die drei der russischen Banknotenfälschung angeklagten Individuen, Harwitz, Reichberg und Josephson, hatten vorgestern vor dem City-Polizeigericht wieder ein Verhör zu bestehen. Als Advokat der russischen Regierung fungirt Mr. Sleigh, für die Angeklagten plaidiren die Advokaten Hope und M'Donnel. Letztere haben eine hoffnungslose Aufgabe übernommen, denn die Beweise gegen die Angeklagten häufen sich von Tag zu Tag.

— [Die mexikanische Expedition.] Die hiesigen Zeitungen beschäftigen sich heute vornehmlich mit der Expedition gegen Mexiko. Die „Times“ bemerkt: „Die Einnahme von Vera-Cruz ist der erste Akt der Intervention. Spanien hat, im Besitze einiger sehr guten Schiffe und ohne besondere anderweitige Beschäftigung für eine Kriegsflotte, unter Leitung eines thätigen und ehrgeizigen Ministers den Beschluß gefaßt, den ersten Schlag zu führen. Obgleich durch die Bestimmungen der Konvention daran verhindert, Gebietsvergrößerungen zu suchen, so ist es doch gesonnen, die Gelegenheit zu benutzen, um für die Zukunft Einfluß in der neuen Welt zu gewinnen. Wir können ihm darin nur guten Erfolg wünschen. So weit die von ihm erstrebten Ziele gerecht und wohlthätig für die Menschheit sind, so weit es sucht, sich dadurch Ansehen zu erwerben, daß es der in seinen alten Kolonien herrschenden Anarchie Einhalt thut und dieselben durch sein eigenes Beispiel überzeugt, wie Friede und gute Regierung einer Nation rasch einen geachteten Platz in der menschlichen Gesellschaft verschaffen, so wird es die Sympathie jedes europäischen Staates, und zwar keines mehr als Englands, auf seiner Seite haben. Spanien jedoch soll in dieser Angelegenheit als Beispiel der Energie und des raschen Handelns nicht allein dastehen. Die französische Regierung ist trotz ihrer finanziellen Verlegenheiten und trotz einer oder zwei anderen internationalen Fragen, die ihr zu schaffen machen, zu nachdrücklichem Handeln entschlossen. Ein halbamtliches Blatt meldet, Frankreich werde eine eben so starke Truppenzahl nach Mexico senden, wie die, welche es vor einiger Zeit nach Syrien schickte. Mit Einem Worte, man hat einen regelmäßigen Feldzug vor, wenn dieser Ausdruck nämlich auf das Vorrücken gegen Truppen paßt, die ohne Zweifel bei dem ersten Herannahen des Feindes fliehen und sich damit begnügen werden, ihre eigenen unglücklichen Mitbürger zu plündern und zu ermorden. In der zwischen dem spanischen Admiral und dem Kapitän des französischen Kriegsschiffes „Foudre“ getroffenen Uebereinkunft ward festgesetzt, daß „selbst nach der im Namen Ihrer katholischen Majestät erfolgten Besitzergreifung von Vera-Cruz der als Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte fungirende Admiral eine eben so starke Truppenzahl, wie die der Spanier, in die Stadt und Festung einrücken lassen dürfe.“ Es liegt somit auf der Hand, daß Frankreich weder England noch Spanien gestatten will, eine wichtigere Rolle zu spielen, als es selbst spielt. Ja, nichts ist gewisser, als daß, wenn die Operationen erst einmal ordentlich begonnen haben, Frankreich sich an die Spitze stellen wird, da es die einzige Macht ist, welche eine große Truppenzahl hinsendet. Gegen das Alles können wir nichts einzuwenden haben. Das französische Heer hätte in keiner segensreichern Weise verwandt werden können, als zur Wiederherstellung einer guten Regierung in jenem zerrütteten Lande. Die Stadt Mexico wird wahrscheinlich einige Zeit lang besetzt gehalten werden, und wenn das Ergebniß ein eben so glückliches ist, wie in Syrien, so wird die Welt allen Grund haben, sich darüber zu freuen. Jedenfalls kann Frankreich darauf rechnen, daß wir gegen seine Bemühungen zur Wiederherstellung der Ruhe nicht das Geringste einwenden werden. Keinenfalls werden wir Eifersucht wegen irgend eines Uebergewichts der französischen Streitkräfte empfinden. Wir verlangen nichts weiter von Mexiko, als daß es unseren Landsleuten, denen Unrecht geschehen ist, ihr Recht angedeihen lasse und Bürgschaften für die Zukunft gebe. Bis zu dem Zeitpunkte, wo eine starke Regierung gebildet ist, wird es vermuthlich nothwendig sein, die Hauptstadt durch Truppen besetzt zu halten, und selbst wenn die Franzosen ihre Okkupation auf ein oder zwei Jahre ausdehnen sollte, so würde das diesseits des Kanals keine Besorgnisse erregen. Wir sind nicht die Urheber der Monroelehre und fühlen uns auch gar nicht versucht, ihre Grundsätze zur Geltung zu bringen.

— [Die Freiwilligenregimenter.] Die von mehreren Zeitungen aufgestellte Behauptung, daß die Zahl der Freiwilligenregimenter im letzten Jahre namhaft abgenommen habe, steht im Widerspruch mit amtlichen Erhebungen. Obrist M'Murde, dem von Regierungswegen die Oberaufsicht und Organisation über sämmtliche Freiwilligenregimenter obliegt, gab öffentlich die Erklärung ab, daß die Zahl der Freiwilligen im verflossenen Jahre von 119,082 auf 163,000 gestiegen sei. Im letzten halben Jahre hätten sich 87 neue Korps gebildet, und bei seiner letzten Inspektionsreise habe er sich überzeugt, daß das ganze Institut, sowohl was Zahl als Ausbildung betrifft, die besten Fortschritte gemacht habe. Als besonders befriedigend hebt er hervor, daß es gegenwärtig in England 280 Batterien gebe, die von 25,000 freiwilligen Artilleristen bedient werden, welche den Dienst vortrefflich verstehen, und daß gegenwärtig auch freiwillige Ingenieur-Korps in der Bildung begriffen sind.

London, 24. Januar. [Telegr.] Die heutige „Morning Post“ erachtet das Gerücht, daß Oestreich die Absicht habe, eine Entwaffnung von Piemont zu fordern, für wahrscheinlich. Fould könne, in Betracht der möglichen neuen Konflikte am Mincio nicht die Ersparnisse machen, die er wünsche. „Morning Post“ möchte, daß die Franzosen Rom räumen.

Frankreich.

Paris, 22. Januar. [Die mexikanische Expedition.] Das Auftreten Frankreichs in der mexikanischen Angelegenheit verdient nicht geringe Beachtung. Es ist augenscheinlich mit dem englischen Kabinet bereits das Abkommen getroffen, daß der frühere Plan, nach welchem es sich nur um die Besetzung der wesentlichsten Küstenpunkte handeln sollte, verlassen werden, und eine umfassende und bis zur Hauptstadt selbst ausgedehnte Okkupation an ihre Stelle treten soll. Die Korrespondenz des „Moniteur“ aus Veracruz (vergl. gestr. Ztg. unter Mexiko) sprach bereits unverhohlen von einer längeren Intervention, bei der es sich nicht mehr um den Schadenersatz für diese oder jene Unbill, sondern um die Einsetzung einer regelmäßigen und starken Regierung handeln würde. Frankreich übernimmt dabei natürlich die erste Rolle; es setzt sich in deren Besitz, indem es sein Expeditionskorps auf 6400 Mann bringt. Da es die Leistungen der Verbündeten in dieser Weise überbietet, so fällt ihm damit selbstverständlich der Oberbefehl zu. Die Expedition wird bereits auf völlig gleiche Linie mit der syrischen gestellt, und sie dürfte noch nachhaltigere Folgen haben. Es ist dem Kaiser offenbar darum zu thun, den französischen Einfluß in Mittelamerika überhaupt zum herrschenden zu erheben. Daß die Frage mit der nordamerikanischen sehr nahe zusammenhängt, liegt auf der Hand. Gelänge es der Union, sich rasch wieder aufzuraffen, so würde sie dann sofort gegen das Uebergreifen der europäischen Mächte vorschreiten. Bei den mexikanischen Plänen ist daher auf die Sprengung der Union gerechnet, und wenn die Regierung von Washington nicht rasch erhebliche Erfolge erzielt, so muß sie sich darauf gefaßt machen, daß ihr über kurz oder lang ein englisch-französisches Vermittelungsprojekt aufgedrängt wird. So mißliebig in London die Ausbreitung des französischen Einflusses über Mittelamerika sein mag, so scheint doch dort die Demüthigung und eventuelle Auflösung der Union für das überwiegende Interesse zu gelten. Man ist Frankreich bereits für seine Mitwirkung in der Trentangelegenheit verpflichtet und erfreut sich ebenso seiner Unterstützung in der Sache des Charlestoner Hafens. Die Gegenleistung scheint darin zu bestehen, daß man Frankreich in Mexiko freies Spiel läßt. Man versichert, daß dem Admiral Jurien de la Gravière bereits am 18. Dezember von hier die bestimmte Weisung zugegangen ist, daß er das Expeditionskorps auf keinen Fall über Puebla hinaus vorschreiten lassen soll, selbst wenn er in Ueberrinstimmung mit dem spanischen Befehlshaber es für nothwendig hielte, sich dieser Position zu bemächtigen. Das Korps soll von dort aus die Kordilleren nicht überschreiten und den Marsch gegen die Hauptstadt nicht fortsetzen, ehe die von Frankreich nachzusendenden Verstärkungen sich ihm angeschlossen haben. Der Brigadegeneral, Graf Laurencey, welcher die Moseldivision kommandirt, erhält den Oberbefehl über die Truppen der Expedition, welche besonders aus Algerien bedeutenden Nachschub erhalten sollen. Der neue Befehlshaber wird vor seiner Abreise erst vom Kaiser empfangen und mit näheren Instruktionen ausgerüstet werden.

— [Finanzen.] Nachdem der Finanzminister in seinem Bericht dargelegt hat, daß in dem Budget von 1863 eine Mehrausgabe von 75 Millionen gegen 1862 erforderlich werde, hält er es für passend, den Unterschied, der künftighin in der Vorbereitungsweise des ordentlichen und des außerordentlichen Budgets bestehen soll, hervortreten zu lassen. Ersteres erfordert, da es nur die unvermeidlichen Aufgaben umfaßt, die dem Lande, durch Pflege seiner Würde und der Erfordernisse der öffentlichen Ordnung auferlegt werden, Deckungsmittel, die mit seinen Bedürfnissen übereinstimmen; es muß seine Einnahmen nach seinen Ausgaben feststellen. Letzteres hingegen, das außerordentliche Budget, muß seine Ausgaben nach seinen Einnahmen bestimmen, da es nur fakultative Ausgaben in sich faßt, die nicht mehr von einem herrischen Zwang befohlen werden. Um nun ein aufrichtiges und dauerndes Gleichgewicht zwischen den ordentlichen Einkünften und Ausgaben herzustellen, fährt der Bericht fort, sei es nothwendig gewesen, die Anlagen gewisser Taxen so zu modifiziren, daß sie eine höhere Einnahme einbrächten, entweder durch eine Tariferhöhung oder dadurch daß man den Mitteln, durch welche man sich der Steuererhebung nur allzu häufig zu entziehen wußte, neue Schwierigkeiten in den Weg stelle. Außerdem habe man noch eine neue Steuer auf Luxuspferde und Wagen einführen müssen, die ein jährliches Einkommen von 5,500,000 Franken ergeben würde. Ein weit beträchtlicheres Resultat sei von der Umarbeitung gewisser Abgaben zu erwarten. „Nicht ohne Bedauern“, heißt es weiter, „und erst nach gründlicher Untersuchung der Staatsausgaben hat sich der Kaiser dazu entschließen können, dem Lande neue Lasten aufzubürden.“ Hauptsächlich habe nun der Finanzminister seine Aufmerksamkeit auf die schon angedeuteten Bemühungen gerichtet, den fortgesetzten Verheimlichungen, durch welche man die gesetzlichen Vorschriften zu umgehen wisse, Schranken zu setzen und das pünktliche Eingehen der schon bestehenden Steuern sorgsam zu überwachen. Die Tarife für die Eintragungssteuer, die schon vor langer Zeit festgesetzt seien

und füglich erhöht werden könnten, seien in dem angegebenen Sinne, eine Erhöhung der Einkünfte zu erzielen, revidirt, und obgleich man alle diejenigen Akte, welche die unmittelbaren Steuerpflichtigen am meisten interessiren, unangerührt gelassen habe, so würde dennoch die Tarifrevision für die Einnahmen einen Mehrbetrag von 10 Millionen ergeben. Da außerdem eine große Anzahl von Akten, zum erheblichen Nachtheile des Schatzes, den Eintragungssteuern geflissentlich entzogen seien, so habe man gewisse Modifikationen treffen müssen, um für die Eintragung der Akten und die Wahrhaftigkeit der Deklarationen Sorge zu tragen, und diese Maaßregeln würden der Verwaltung der Eintragesteuer gleichfalls einen Mehrbetrag von 10 Mill. einbringen. Die Stempelsteuer, die seit 1816 keine Aenderung erlitten habe, könne in Betracht des Fortschrittes, welches das allgemeine Wohlergehen seit einem halben Jahrhundert gemacht, gleichfalls erhöht werden, und aus dieser Erhöhung würden 9½ Millionen für den Staatsschatz gewonnen werden. Auf die Bordereaus der Wechselagenten, die schon jetzt der Dimensions-Stempelsteuer unterworfen sind, könnte noch eine Spezialsteuer gelegt werden, die sich nach dem Betrage der Operationen, welche auf diesen Bordereau's konstatirt werden, richten würden. Die Transaktionen von 3000 Franken und darunter würden von dieser neuen Steuer nicht behaftet sein, und obgleich das Maximum dieser Abgabe niemals 5 Fr. überschreiten dürfte, so würde diese Maaßregel doch dem Budget eine Mehreinnahme von 1,500,000 Fr. sichern. Das Gesetz, welches alle Empfangsscheine, Quittungen und Rechnungen dem Stempelzwange unterwirft, sei bis jetzt nicht beobachtet worden. Um nun das Publikum zur Befolgung dieses Gesetzes zu bewegen, habe man alle Unbequemlichkeiten zu beseitigen gewußt, und eine Verfügung getroffen, die für alle Empfangsscheine, Quittungen und Rechnungen einen Stempel (eine Marke) von 10 Centimes festsetze. Diese Neuerung werde eine Erhöhung von 12½ Millionen ergeben. Alle diese neu eingeführten Hülfsquellen würden die Veranschlagung der Einnahme pro 1863 um circa 50 Mill. Franken vermehren. Dieser Zuwachs würde es gestatten, in dem Budget von 1863 mehr als 20 Millionen durch Mehreinnahmen zu decken. Mit den besten Hoffnungen für die Zukunft geht nun der Finanzminister zum zweiten Hauptpunkte seines Exposé's, zur Lage der Finanzen und der schwebenden Schuld, über. Obgleich im Budget von 1861 die Gesammtausgaben um 79 Millionen höher angeschlagen wären, als die Gesammteinnahmen, so würde das Budget dennoch mit einem Defizit saldiren. Die Verstärkung des Okkupationsheeres in Rom, die Expeditionen in China, Syrien und Cochinchina, so wie die Vorbereitungen zur mexikanischen Expedition und die großen öffentlichen Bauten hätten die veranschlagten Ausgaben um ein Bedeutendes erhöht. Aus den Senatsdebatten habe sich ergeben, daß sich die Decouverts am Anfang des Jahres 1860 auf 729 Millionen beliefen. Davon sollen 652 Millionen von den verschiedenen Regierungen vor der Wiederherstellung des Kaiserreiches herrühren. Das Jahr 1860 hat die Decouverts um circa 104 Millionen erhöht. Demnach haben sich die Decouverts am Anfang 1861 auf 833 Millionen belaufen, wozu man noch 181 Millionen, das veranschlagte Defizit von 1861, hinzufügen müßte. Das Defizit würde sich jedoch nur auf 141 Millionen erheben, und 1861 würde die Decouverts also auf 974 Millionen bringen. Jedoch müßten zu dieser Zahl die Verluste, die der Schatz auf die von der Regierung des Königs Victor Emanuel eingezahlten italienischen Fonds erlitten habe, d. h. 34 Millionen, zugezählt werden, und die Decouverts würden sich demnach, Alles in Allem, auf 1 Milliarde 8 Millionen Franken belaufen. Eine Ressource von 45 Millionen Franken ergebe sich noch aus den Kautionssummen und schwebenden Fonds, und demnach würde der Gesammt-Decouvert 963 Millionen betragen.

Italien.

Turin, 21. Jan. [Tagesnachrichten.] In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde der Gesetzvorschlag angenommen, kraft dessen vom 1. April d. J. an eine Steuer von 10 Prozent auf alle Eisenbahntarifsätze sowohl für Waaren als für Passagiere gelegt, den Eisenbahnverwaltungen jedoch die Befugniß verliehen werden soll, ihre Tarife um diesen Betrag zu erhöhen. — Die großartigen Arbeiten am Arsenale in La Spezzia werden sofort in Angriff genommen; Unternehmer ist das Haus Bolla, das die Arbeiten um 17½ Proz. niedriger, als die Voranschläge lauteten, übernommen hat. — Der Bischof von Fossombrone erscheint vor den Assisen von Pesaro wegen Beleidigung der Staatsbehörden durch seinen Brief gegen das Rundschreiben des Kultus- und Justizministers. — Im Neapolitanischen haben die Uebungen der Nationalgarden der kleineren Städte in größeren Korps begonnen und begeisterten Anklang gefunden. Bei den Uebungen, die in Nocera am 12. gehalten wurden, waren unter dem Kommando von Paolo Villa 6000 Gardisten versammelt; namentlich zeichneten sich die Scharfschützenkompagnien, lauter junge Leute aus den besten Familien des Landes, aus. — Das Museum San Martino auf der Insel Elba, das dem Andenken des ersten Napoleon gewidmet war, ist nunmehr an den Kaiser der Franzosen verkauft worden, dem es der gegenwärtige Besitzer, Fürst Demidoff, um eine namhafte Summe abgetreten haben soll. — Der Papst hat dem „Osservatore romano“, dem Organe des bourbonistischen Komité's und des Königs Franz, eine monatliche Subvention von 50 Scudi angewiesen, außer den 30 Scudi, die der Direktor monatlich erhält.

— [Berichtigung.] Die (in Nr. 19 mitgetheilte) telegraphische Depesche aus Paris, welche auf Grund eines angeblich der „Opinion nationale“ entnommenen Artikels die Nachricht brachte, daß in dem Bezirke des sogenannten Patrimonium Petri den päpstlichen Truppen eine gemischte Besatzung von italienischen und französischen Soldaten substituirt werden sollte, ist dahin zu berichtigen, daß diese Nachricht von Turin ausgegangen und die darin angegebene Mittheilung einem Artikel der Turiner „Opinione“ entlehnt ist. Dieselbe Berichtigung muß auch auf die andere nicht minder erhebliche Nachricht, daß der Kaiser Napoleon bei der russischen Regierung für die Anerkennung des italienischen Königreichs Schritte thue, übertragen werden. Es genügt, den wahren Ursprung dieser Angaben hier zu konstatiren, um ihre Tragweite auf das richtige Verhältniß zurückzuführen.

Spanien.

Madrid, 20. Januar. [Tagesnotizen.] In der Abgeordnetenkammer erklärte Calderon Collantes, daß das Ministerium zur Diskussion des diplomatischen Theiles des Vertrags mit Marokko bereit sei. — Die „Correspondencia“ sagt, die Regierung denke für den Augenblick nicht daran, die Cortes aufzulösen, und die jetzige Session zu unterbrechen; es müßte denn sein, daß sie sich von dem Vorhaben der Oppositionsmitglieder überzeugte, der Genehmigung der schwebenden Gesetze systematisch Hindernisse zu bereiten. — Die vom „Sumter“ gekaperten und in den Grund gebohrten drei amerikanischen Schiffe sind, demselben Blatte zufolge, die „Vigilante“, der „Elyen Dodye“ und die Goelette „Arcade“. Ersteres hatte eine Ladung Guano für London an Bord.

Türkei.

Konstantinopel, 15. Januar. [Finanzprojekt; Kyprisli Pascha.] Der Großvezir Fuad Pascha ist entschlossen, die Ermächtigung zur Veräußerung der Moscheengüter zu ertheilen; Ali Pascha, der vor dieser Reform zurückbebt, hat seine Entlassung eingereicht. Der englische Gesandte bemüht sich, ihn günstig für die Ansichten Fuad Pascha's zu stimmen. Kyprisli Pascha ist von Adrianopel abberufen worden und soll als Generalkommissar nach Syrien gesandt werden.

Konstantinopel, 23. Jan. [Telegr.] Durch ein Dekret wird die Veröffentlichung des Budgets angeordnet und hat Fuad Pascha, der die Funktionen eines Großveziers mit denen der Finanzleitung in sich vereinigt, hierzu Vollmacht erhalten.

Amerika.

Newyork, 9. Januar. [Zur Londoner Ausstellung; Verräther; Exekution; der Kongreß.] Während die Trent-Affaire sich in der Schwebe befand, wurde begreiflicherweise wenig an die Londoner Ausstellung gedacht. Jetzt wird diese wieder mehr besprochen, und da die Regierung von ihren eigenen Schiffen nicht leicht eines entbehren kann, um die Ausstellungsgegenstände nach England zu führen, hat der Präsident den Vorschlag gemacht, zu diesem Zwecke ein Privatschiff auf Regierungskosten zu miethen. — Ein schlimmes Zeichen für die Lage des Nordens ist es, daß so viel von Verräthern an der guten Sache erzählt wird. Jeder neue Tag bringt in dieser Beziehung neue und meist abenteuerliche Gerüchte. Vor Kurzem machte die Geschichte die Runde, daß General Scott dem Präsidenten einen Erzverräther entlarvt habe, der eine so hohe Stellung einnimmt, daß man es vorzog, die Sache zu vertuschen. Jetzt erzählt wieder der Korrespondent des „New-York World“ aus Washington, die dem General Bunside zugedachte Flottenexpedition sei durch die Tochter eines hochgestellten Regierungsbeamten, deren Geliebter in den Reihen der Rebellen dient, Letzterem verrathen worden, und dies sei der Grund, weshalb der Plan dieser Expedition aufgegeben wurde. Die junge Dame habe sich seitdem aus Washington entfernt, und ihr Vater werde demnächst aus Gesundheitsrücksichten eine Reise nach Europa unternehmen. — Am 6. hatte die zweite militärische Exekution in der Hauptstadt stattgefunden. Ein Gemeiner, der aus Rache seinen Sergeanten erschossen hatte, wurde im Beisein von Detachements 5 verschiedener Regimenter gehenkt. — Die Stimmung im Kongreß gegen England äußert sich als eine entschieden feindselige.

Newyork, 11. Januar. [Neueste Nachrichten.] Die Regierung hat die von Port Royal hier angekommene Baumwolle in öffentlicher Auktion verkauft. — Die neue föderale Seeexpedition hat Anapolis verlassen; die Bestimmung derselben war unbekannt, als Rendezvous bezeichnet man die Rhede von Hampton. — 25,000 Bundestruppen wurden in Kairo erwartet; nach ihrer Ankunft sollte General Frank mit 60,000 Mann auf Nashville marschiren und eine Verbindung mit dem General Bull herzustellen suchen, und die vereinten Korps dieser beiden Generäle sollten dann gegen New-Orleans vorrücken. — Der Flottenausschuß des Kongresses hat den Bau von zwänzig gepanzerten Kanonenbooten empfohlen. — In Carbonnes (?) in Neu-Schottland sind Zwistigkeiten zwischen den Katholiken und Protestanten ausgebrochen, das Militär mußte einschreiten und viele Personen wurden verwundet. Beim Abgang der Nachricht war die Ruhe noch nicht völlig wieder hergestellt.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Wir geben nachstehend nach dem stenographischen Bericht die Rede des Finanzministers über den Staatshaushalts-Etat. Sie lautet:

Der Etat vom Jahre 1862 weist eine Einnahme nach von 135,864,576 Thlrn., eine Ausgabe von 140,103,934 Thlrn., er schließt also ab mit einem Defizit von 5,039,358 Thlrn. Vergleichen wir diesen Etat mit dem Etat von 1861, so betragen nach demselben die Einnahmen 135,099,415, die Ausgaben sind 139,085,051 Thlr. Anscheinend war also in dem Etat von 1861 nur ein Defizit von 3,985,636 Thlrn. vorhanden. Es hat also den Anschein, als wenn das Defizit des Jahres 1862 ein größeres wäre, als vom Jahre 1861. Das ist aber nur ein Anschein. In den Einnahmen, welche im Jahre 1861 zum Etat gebracht wurden, war die Summe von 1,453,722 Thlrn. aus den Ueberschüssen der Finanzverwaltung vom Jahre 1859 mit in Einnahme gestellt. Das Defizit war also in den laufenden Einnahmen in der That 1,453,722 Thlr. größer, als es nach dem Abschluß des Etats erschien, es beträgt 3,585,636 Thlr. Es ergiebt sich daraus, daß das Defizit des Jahres 1862 um 400,000 Thlr. geringer ist, als das des Jahres 1861. Zur Deckung des vorhandenen Defizits ist die Staatsregierung genöthigt, von der Landesvertretung eine fernere Bewilligung des Zuschlages von 25 Proz. in Anspruch zu nehmen. Wird diese Bewilligung, wie die Staatsregierung vertraut, ertheilt, so wird der Zuschlag, welcher für das erste Halbjahr des laufenden Jahres bereits bewilligt und zum Etat gebracht ist, dann für das zweite Semester die Summe von 1,857,000 Thlrn. erreichen. Es blieben dann nur noch zu decken 3,181,000 Thlr. Zur Deckung dieses Restes des Defizits ist in den noch disponiblen Ueberschüssen des Jahres 1860 ein Betrag von 3,867,840 Thlrn. vorhanden, so daß nicht nur das Defizit des laufenden Jahres in diesem Ueberschuß — unter Voraussetzung der Fortbewilligung des Zuschlages — seine vollständige Deckung findet, sondern von jenen Ueberschüssen noch die Summe von 686,000 Thlrn. disponibel bleibt. Die Einnahme des Jahres 1862 im Betrage von 135,864,000 Thlrn. giebt im Vergleiche mit der Einnahme von 1861 im Betrage von 135,099,000 Thlrn. ein Plus von 765,000 Thlrn. Die Mehreinnahme ist aber in der Wirklichkeit eine höhere, als es hiernach den Anschein hat. Ich muß darauf zurückkommen, daß in dem Etat von 1861 ein extraordinärer Zuschuß aus früheren Ueberschüssen im Betrage von 1,453,000 Thlrn. aufgenommen war, daß dagegen in dem Etat von 1862 ein solcher extraordinärer Zuschuß nicht vorhanden ist, allerdings aber einige andere Einnahmequellen im Betrage von 840,000 Thlrn., so daß also noch immer 613,529 Thlr. durch andere Einnahmen zu decken bleiben, so daß diese 613,529 Thlr. und die ostensible Mehreinnahme von 765,161 Thlrn. zusammen eine wirklich nachhaltige Mehreinnahme von 1,378,690 Thlrn. darstellen. Diese Mehreinnahme wird wesentlich in folgender Weise erzielt. Es ergiebt sich ein Mehrüberschuß bei der 1) Domänenverwaltung im Betrage von 55,240 Thlrn., 2) Forstverwaltung 403,000 Thlr., 3) Domänenveräußerungs-Fonds 200,000 Thlrn., 4) den direkten Steuern 544,494 Thlrn., 5) dem Salzmonopol 304,310 Thlrn., 6) den Ablieferungen der Seehandlung 100,000 Thlrn., 7) der allgem. Kassenverwaltung 377,316 Thlrn.; in Summa ein Mehrüberschuß von 1,984,360 Thlrn. Dazu treten die Ueberschüsse im Ressort des Handelsministeriums, im Belaufe von 519,580 Thlrn. Der Gesammtbetrag der Mehrüberschüsse ist also 2,503,940 Thlr.

Diesen Mehrüberschüssen gegenüber stehen nun in einigen Verwaltungszweigen Ausfälle. Ein solcher Ausfall ergiebt sich im Bereiche der Verwaltung der indirekten Steuern mit 436,757 Thlrn., bei dem Gewinnantheile, welchen der Staat von der preußischen Bank bezieht, mit 169,000 Thlrn., bei einigen anderen Verwaltungszweigen in kleineren Beträgen mit zusammen 13,279 Thlrn., in Summa von 618,036 Thlrn. Diese Minderüberschüsse von 618,036 Thlrn., abgezogen von den Mehrüberschüssen von 2,503,904 Thlrn., würden ein disponibles Mehr ergeben von 1,885,904 Thlrn. Diese Summe wird allerdings alterirt durch Mehr- und Mindereinnahmen bei den Ausgaben der Verwaltung, durch welche sich der Ueberschuß noch vermindert um 43,492 Thlr., so daß er dann noch zu stehen kommt auf 1,842,412 Thlr. In diesem Mehrüberschuß sind aber enthalten ein extraordinärer Zuschuß aus dem Reservefonds der Hauptverwaltung der Staatsschulden, welcher bestimmt ist, um die 20. Zinsrate für die zur Amortisation bestimmten Staatsschuldscheine zu decken. Es ist nämlich eine eigenthümliche Folge in unserer Etatseinrichtung, daß, wenn der Tilgungsfonds für unsere konsolidirte Staatsschuld, dem Gesetz gemäß, von 10 zu 10 Jahren ermäßigt wird, dann alle Mal die Zinsen für das abzusetzende Quantum für ½ Jahr fehlen. Diese Zinsen sind bisher immer aus dem Reservefonds der Hauptverwaltung der Staatsschuld entnommen worden. Auch in diesem Jahre ist es wieder so vorgeschlagen, es kommen auf diese Weise extraordinäre Deckungsmittel im Belaufe von 409,722 Thlrn. in Abrechnung, außerdem gehen für mehrere zur Veräußerung bestimmte Bergamtsgebäude 54,000 Thlr. ein, welche nicht als disponibel angesehen werden können, weil sie dazu bestimmt sind, neue Gebäude für die Oberbergämter zu errichten. Zieht man diese beiden Posten, welche in der That nur durchlaufende Posten sind, von der angeführten Summe von 1,842,412 Thlrn. ab, so ergiebt sich als ein wirklich zu anderen Zwecken disponibler Ueberschuß die vorher von mir genannte Summe von 1,378,690 Thlrn. Die Regierung schlägt vor, diesen Ueberschuß auf folgende Weise zu verwenden. Es sollen, was das Ordinarium anlangt, oder müssen vielmehr der Hauptverwaltung der Staatsschulden 306,528 Thlr. zugewendet werden. Es ist dies eine Folge davon, daß bei mehreren der neuen Anleihen jetzt die Amortisation eintritt; auf die verschiedenen Zentralbehörden 9620 Thlr., auf das auswärtige Ministerium 3340 Thlr., auf das Handelsministerium 98,170 Thlr., auf das Justizministerium 83,244 Thlr., auf das Ministerium des Innern 75,684 Thlr., mit Inbegriff eines Fonds von 50,000 Thlrn. zur Verbesserung der Lage der alten Krieger aus den früheren Kriegsjahren, auf das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten 88,020 Thlr., mit Inbegriff eines dem Antrage des Hauses vom vorigen Jahre gemäß ausgeworfenen Fonds von 25,000 Thlrn. zur Förderung der bildenden Kunst, endlich auf das Kriegsministerium die Summe von 68,226 Thlrn., in welcher aber 13,000 Thlr. enthalten sind, die nur übertragen werden, aus der zur Erhöhung der Gehälter ausgesetzten Summe, so daß die wirkliche Mehrausgabe sich auf 539,770 Thlr. reduzirt, schließlich bei der Marineverwaltung 79,000 Thlr. Diese dauernden Mehrausgaben ergeben zusammen die Summe von 811,926 Thlrn. Es gehen davon ab die Ersparnisse bei verschiedenen anderen Verwaltungszweigen mit 272,156 Thlrn., so daß ein dauerndes Mehr von 539,770 Thlrn. herauskommt. In dieser Summe ist, um die im vorigen Jahre genehmigte Verbesserung der Besoldung der Beamten der 4. Rangklasse gleich vollständig durchzuführen, die Summe von 593,365 Thlrn. mit inbegriffen. Der extraordinäre Etat ist im Vergletch zum vorigen Jahre um 438,920 Thlr. erhöht worden, von dieser Erhöhung ist die beträchtliche Summe von 330,000 Thlrn. dazu bestimmt, den Saarkanal in Angriff zu nehmen. Es bleiben, wenn hiernach auf das Ordinarium 539,770 Thlr., auf das Extraordinarium 438,920 Thlr. fallen von den disponiblen Ueberschüssen 400,000 Thlr. übrig, welche zur Deckung des vorhandenen Defizits bestimmt sind.

M. H.! Es bedarf keiner Hinweisung darauf, daß den Schwerpunkt der diesjährigen Berathung wie die Berathungen der beiden letzten Jahre die Verhandlungen über den Militäretat bilden werden. Ich bitte, gleich hier einige Andeutungen in Bezug auf diesen Theil des Budgets machen zu dürfen. Die Reorganisation der Armee ist im vorigen Jahre dadurch weiter geführt worden, daß mit dem 1. Novbr. v. J. die neu errichteten Infanteriebataillone auf die Kopfstärke der älteren gebracht worden sind. Diese Maaßregel ist im vorigen Jahre dem hohen Hause angekündigt worden und es sind von der Landesvertretung die dazu erforderlichen Mittel für die Monate November und Dezember bewilligt worden. In diesem Jahre ist der Bedarf eines ganzen Jahres erforderlich und es tritt also der fünffache Betrag der für das Jahr 1861 für zwei Monate erforderlichen Summe als Mehrausgabe hinzu. Eine Mehrausgabe von diesem Betrage würde in der That dazu geführt haben, daß andere Zwecke der Staatsverwaltung in bedenklicher Weise hätten zurückgesetzt werden müssen; es ist aber gelungen, es möglich zu machen, daß innerhalb des Militäretats selbst durch Ersparnisse die Mittel vollständig flüssig gemacht werden können, um diese bedeutende Mehrausgabe ohne weitere Erhöhung des Militäretats zu decken. Die von mir vorhin angeführte Erhöhung von 54,996 Thlrn. im Ordinarium und von 7305 Thlrn. im Extraordinarium, zusammen also 62,301 Thlr., betrifft nur solche Mehrausgaben, welche im Laufe jeder Verwaltung mit Nothwendigkeit sich herausstellen; sie hat mit der Frage der Militärorganisation nichts zu thun. Es ist also das Resultat ganz so — ich wiederhole dies — daß von dem disponiblen Betrage von 1,378,620 Thlrn. auf die Militärverwaltung im Ganzen nur 62,000 Thlr. verwendet werden und auf die übrigen Verwaltungszweige 916,389 Thlr., wogegen zur Verminderung des vorhandenen Defizits 400,000 Thlr. übrig bleiben. Die königliche Staatsregierung ist in früheren Jahren von der Voraussetzung ausgegangen, daß naturgemäß eine fortschreitende Vermehrung der Staatseinnahmen stattfinde, und daß dieselbe in Verbindung anfänglich mit dem Zuschlage von 25 Prozent, später in Verbindung mit der aus der Grundsteuerregulirung zu gewärtigenden Mehreinnahmen dahin führen würde, daß das in dem Staatshaushaltsetat durch die Militärorganisation herbeigeführte Defizit nach einer Reihe von Jahren wieder schwinden werde. Die Regierung ging hierbei davon aus, daß die jährliche Steigerung der Staatseinnahmen von 1,500,000 Thlrn. bis 1,600,000 anzunehmen sei, und daß davon auf die Militärorganisation etwa die Hälfte, also 800,000 Thlr. zu verwenden sein würden, und daß auf diese Weise sich das Defizit nach einer Reihe von Jahren wieder beseitigen lassen wird. Man hat diese Voraussetzung verschiedentlich so dargestellt, als könne sie unmöglich zutreffen. In der vorjährigen Budgetkommission ist gesagt worden, daß die Summe von 500,000 Thlrn. wohl das Höchste sei, was man bei dem Titel der naturgemäßen Steigerung der Staatseinnahmen werde in Anrechnung bringen können. Dem Anscheine nach liegt es nun allerdings so, als ob die Staatsregierung sich geirrt hat; ich glaube indessen, eine nähere Betrachtung wird Ihnen die Ueberzeugung gewähren, daß ich in der That richtiger gerechnet und richtiger die Zukunft vorausgesehen habe, als die, welche die vorgedachte Vorausberechnung bemängelten. Es ist einmal nicht zu übersehen, daß der Ertrag der Mehreinnahme im Belaufe von 1,400,000 Thlrn. sich in der That doch der vorausgesetzten Summe von 1,500,000 bis 1,600,000 Thlrn. ziemlich nähert. Dann ist ferner nicht zu übersehen, daß eben aus diesem disponiblen Ueberschuß die Summe von 330,000 Thlrn. zur Anlegung des Saarkanals verwendet werden soll. Den vorjährigen Mitgliedern dieses hohen Hauses wird bekannt sein, daß die Anlegung des Saarkanals ein derartiges Unternehmen ist, das mit der gewöhnlichen Staatsverwaltung nichts zu thun hat, sondern das angelegt wird, weil man daran die Erwartung knüpfen kann, daß das angelegte Kapital von ca. 1 Million mit der Zeit sich reichlich und überreichlich verzinsen werde. Es würde nur vollkommen gerechtfertigt sein, die Kosten für eine solche lukrative Anlage durch eine Anleihe zu decken, es wird kaum beansprucht werden können, für eine solche Unternehmung Gelder aus dem laufenden Staatsfonds disponibel zu machen. Die Regierung hat indeß geglaubt, daß sie es wenigstens in diesem Jahre thun könnte, daß sie namentlich die erste Rate der auf drei Jahre zu ertheilenden Bausumme in der That aus disponiblen Mehreinnahmen nehmen könne, und sie hofft, dies auch im folgenden Jahre thun zu können. Es ist dies aber jedenfalls eine Ausgabe, die zu der Zeit, als die von mir gemachte Vorausberechnung aufgestellt wurde, nicht vorausgesehen werden konnte und die ihrer Natur nach in der That auch nicht dazu geeignet ist, aus den Staatsrevenüen bestritten zu werden. Wollte man diese 330,000 Thlr. zu den 400,000 Thlrn. hinzunehmen, so würde in der That ein Quantum von 730,000 Thlrn. erreicht sein. Dies wäre also das Defizit, welches ich in Aussicht gestellt habe. Hiervon abgesehen, wird nicht verkannt werden, daß seit der Aufstellung jener Vorberechnung eine Reihe von Thatsachen eingetreten sind, auf die ebenfalls nicht Rücksicht genommen werden konnte.

Es sind seit jener Zeit mit Zustimmung der beiden Häuser folgende Abgaben theils erlassen, theils sind bei ihnen Erleichterungen eingetreten: es sind die Durchgangsabgaben abgeschafft, die Rheinzölle ermäßigt mit einem Ausfalle von 523,000 Thlrn.; es hat eine Ermäßigung des Porto's stattgefunden und zwar um 159,000 Thlr., eine Ermäßigung der Bergwerksabgaben mit einem Ausfalle von 166,000 Thlrn., des Stempels auf Gutsüberlassungen von Ascendenten an Descendenten mit einem Ausfall von 65,900 Thlrn., endlich ist die Zeitungssteuer ermäßigt worden um 32,000 Thlr. Die Summe dieser Ermäßigungen belief sich auf 945,900 Thlr. Wären diese Umstände, die bei der von der Regierung aufgestellten Berechnung nicht vorher gesehen werden konnten, nicht eingetreten, so würde statt der von mir vorausgesetzten Mehreinnahmen

derselbe die Summe von 2,324,590 Thlrn. betragen haben. Es kommt mir gewiß nicht in den Sinn, der Landesvertretung einen Vorwurf darüber machen zu wollen, daß sie zu jenen Erleichterungen und Ermäßigungen die Hand geboten hat. Ich habe nur vorführen wollen, daß die Regierung es mit großem Recht für besser gehalten hat, jene an sich wünschenswerthe Erleichterungen und Erlasse eintreten zu lassen, auf die Gefahr hin, daß dadurch das Defizit im Staatshaushaltsetat werde länger beibehalten werden müssen, als es der Fall sein würde, wenn die früheren Steuern würden forterhoben sein. M. H., man hat schwere Besorgnisse sowohl im Lande als außerhalb des Landes daran geknüpft, daß wir in Folge der Militärorganisation ein Defizit von einer ungeheuren Höhe haben und daß wir mit diesem Defizit voraussichtlich noch einige Jahre zu kämpfen haben würden. Man hat an dieses Defizit sehr weit gehende Folgerungen geknüpft. Ein vielgelesenes Blatt hat erst gestern die Meinung verbreitet, und die Ansicht ausgesprochen, daß man auf dem Wege zu einem finanziellen und wirthschaftlichen Ruine sei, und daß über lang oder kurz östreichische Finanzzustände bei uns herbeigeführt werden würden, da das ganze System der jetzigen preußischen Finanzverwaltung nothwendig dahin führen müßte. Wenn wir uns in der That in einem solchen finanziellen wirthschaftlichen Ruine befänden, so möchte ich Sie doch fragen, worin sich derselbe eigentlich zeigt. Zeigt er sich etwa darin, daß die Zinsen der Staatsschulden, oder die Besoldungen der Beamten nicht bezahlt werden können? — Diese Frage müssen Sie doch verneinen. Haben wir neue Anleihen kontrahiren müssen? Nein, ebensowenig, da diejenigen Anleihen, die zur Anlegung neuer Eisenbahnen kontrahirt worden sind, unmöglich hier in Rechnung gestellt werden können. Hat sich etwa eine schwebende Schuld eingefunden, die unsere Finanzen drückt? Wir haben keine schwebende Schuld, wir haben im Gegentheil in diesem Augenblick 10,000,000 Thlr. baar in der General-Staatskasse. Ist etwa endlich der Staatsschatz angegriffen worden? Auch dieser Fall ist bis jetzt nicht eingetreten. Der Staatsschatz ist allerdings in dem Gesetz, durch welches die extraordinären Zuschüsse zu dem Militäretat bewilligt worden sind, als diejenige Quelle bezeichnet worden, aus welcher jene Zuschüsse zu schöpfen waren; in Wirklichkeit ist diese Quelle aber noch nicht benutzt worden, denn bis zu diesem Augenblick ist auch noch nicht ein Thaler aus dem Staatsschatze entnommen, es sind im Gegentheil seit dem Bestehen der neuen Militärorganisation aus den Ueberschüssen des Jahres 1859 355,000 Thlr. an den Staatsschatz abgeführt worden. Es liegen in diesem Augenblick die disponiblen Ueberschüsse des Jahres 1860 mit 660,000 Thlrn. zur Abführung an den Staatsschatz bereit, und ich glaube mit großer Bestimmtheit in Aussicht nehmen zu können, daß aus den Ueberschüssen des Jahres 1861 eine Summe von 1½ Millionen Thalern an den Staatsschatz wird abgeführt werden können, wobei ich bemerke, daß die Mittel zur Deckung des Defizits von 1861 bereits in den disponiblen Ueberschüssen vorhanden sind. M. H.! Eine Finanzverwaltung, welche in 3 Jahren 2½ Millionen übrig hat, scheint mir noch nicht dem Bankerott nahe zu stehen, und noch nicht dem Ruine entgegen zu gehen. Dies Resultat läßt sich nicht bestreiten, es wird demselben aber nun entgegengesetzt, daß es eben nur dadurch erreicht worden sei, daß der Druck auf die steuerpflichtige Bevölkerung in hohem Grade gesteigert und unerträglich gemacht worden sei.

M. H.! Wenn wir von einem Druck in der Besteuerung sprechen, der durch die Armeereorganisation hervorgerufen worden ist, so läßt sich diese Behauptung unter einem zweiten Gesichtspunkt auffassen. Es läßt sich zunächst die Frage aufwerfen, ob die Ausgabe für militärische Zwecke für die Bevölkerung eine zu drückende sei, und ob die für diese Zwecke bestimmte Ausgabe eine, im Verhältniß der Gesammtheit der Einnahmen zu der Gesammtheit der Ausgaben größere Quote in Anspruch nehmen, als es in anderen Fällen und bei uns in früheren Zeiten der Fall gewesen ist. In einer Reihe von Artikeln, die sich in einer Zeitung befunden haben, und die jetzt in einer Druckschrift zusammengestellt worden sind, ist der Beweis geliefert worden, daß in der That in dieser Beziehung die jetzige Militärorganisation mit ihren Ausgaben keinen stärkeren Druck ausübt, als der frühere Stand der Armee in früheren Jahren ausübte. Der zweite Gesichtspunkt, unter dem man diese Frage beleuchten kann, ist der, ob der Gesammtbetrag der Steuern gestiegen sei, und ob jetzt die Besteuerung entweder ihrer Natur oder ihrem Betrage nach drückender sei, als in früheren Jahren. Auch in dieser Beziehung ist aber die Antwort eine günstige. Das Eine muß allerdings vorausgeschickt werden, daß für den einkommensteuerpflichtigen Theil der Bevölkerung die Steuerlast jetzt eine höhere ist, als sie bei Einführung der Einkommensteuer war. Wenn man aber von diesem Theile der Bevölkerung absieht, — und man muß wohl davon absehen, wenn man bei dem Steuerdruck an den weniger begüterten Theil der Bevölkerung denkt — so läßt sich nachweisen, daß die Steuern in diesem Augenblick durchaus keine höheren sind, nach welchem Gesichtspunkte man sie auch betrachten möge, als sie es in der langen Reihe von Jahren waren, in denen eine Klage über übermäßigen Steuerdruck nicht erhoben ist. Allein auch diesen Beweis zu führen, würde heute zu weitläufig sein, ich glaube aber später, wenn sich Gelegenheit dazu darbieten wird, dies mit unwiderleglichen Gründen thun zu können. Man hat endlich nun noch angeführt, daß jedenfalls ein Symptom der Ueberspannung der Steuern darin liege, daß dieselben nicht mehr beizutreiben sind. Es hat ja durch alle Zeitungen eine Notiz die Runde gemacht und ist in fremden preußenfeindlichen Blättern nicht wenig ausgebeutet worden, daß ich mich veranlaßt gefunden hätte, Se. Maj. den König aufzusuchen und Ihm vorzutragen, daß die Steuern zu schlecht eingingen, und daß nothwendig etwas geschehen müsse, nur den Militäretat aufrecht erhalten zu können. Auch diese Anführung ist eine durchaus unbegründete. Ich glaube, daß die preußische Steuerverwaltung prompter und besser abschließt, als vielleicht irgend eine. In dem Jahre vor dem Beginn der Armeeorganisation, in dem Jahre 1858, blieben auf eine Solleinnahme der direkten Steuern von 25,423,000 Thlrn. im Ganzen 14,000 Thlr. Rest, also auf 1000 Thlr. Steuern blieben 16½ Sgr. Rest. Ist nun etwa, seitdem wir die Militärorganisation und den Zuschlag von 25 Proz. haben, der Steuerrückstand ein größerer geworden? Nein! Im Jahre 1859 ist auf eine Solleinnahme von 26 Millionen nur 9000 Thlr. Rest geblieben, also auf 1000 Thlr. 10 Sgr.; im Jahre 1860 von 26 Millionen nur 9100 Thlr., also auf das Tausend 10½ Sgr. Es sind also in diesen 3 Jahren die Reste, auf 1000 Thlr. berechnet, nicht gestiegen, sondern auf 11½ Sgr. herabgesunken. Ueber das Jahr 1861 können der Natur der Sache nach noch nicht zuverlässige Zahlen vorliegen; ich kann aber mit Zuversicht aussprechen, daß dies jetzt nicht zu der Annahme berechtigt, daß der Abschluß des Jahres 1861 ein ungünstigerer wäre, als er 1860 gewesen ist. So, meine Herren, glaube ich wenigstens andeutungsweise den Beweis geführt zu haben, daß der vorliegende Etat in der That nicht geeignet ist, Beunruhigungen zu erwecken, sondern im Gegentheil geeignet, manche Beunruhigungen, die sich im Publikum kundgethan haben, zu widerlegen.

Ich wende mich jetzt zu dem zweiten vorzulegenden Gesetze wegen Forterhebung des Zuschlages von 25 Prozent zur Klassensteuer, klassifizirten Einkommensteuer, Mahl- und Schlachtsteuer. Ich habe mir eben auszuführen erlaubt, daß der Stand der preußischen Finanzen in keiner Beziehung Besorgniß erregen könne, daß die Gefahr, das Gleichgewicht in unseren Einnahmen und Ausgaben gestört zu sehen, nicht vorhanden ist. Ich habe diese Aeußerung allerdings nur unter der Voraussetzung thun können, daß der Staatskasse, bis eine Mehreinnahme aus der anderweit zu regulirenden Grundsteuer erwachse, der bisher gewordene Zuschlag von 25 Prozent nicht entzogen wird. Die königl. Staatsregierung hat wiederholt ausgesprochen, und ich wiederhole es heut, daß mit dem Jahre 1865, wie mit Sicherheit vorauszusetzen ist, wenn die höhere Grundsteuer-Einnahme flüssig wird, der Zuschlag der 25 Prozent jedenfalls in Wegfall wird kommen müssen; bis dahin ist er nicht zu entbehren, wenn nicht die Resultate der Einnahme getrübt werden sollen. Ich nehme daher nicht Anstand auszusprechen, daß der Zuschlag bis zu jenem Zeitpunkt im Jahre 1865 erforderlich sein wird. Die königl. Staatsregierung hält es jedoch nicht angemessen, jetzt die Bewilligung für diesen ganzen Zeitraum in Anspruch zu nehmen, glaubt aber die dringende Bitte an das hohe Haus richten zu müssen, diesen Zuschlag nicht, wie es bisher der Fall gewesen, auf Ein Jahr, d. h. vom 1. Juli dieses bis zum 1. Juli des künftigen Jahres zu bewilligen, sondern die Bewilligung bis Ende nächsten Jahres, also für 1½ Jahre eintreten zu lassen. M. H.! Die Bewilligung vom 1. Juli dieses bis zum 1. Juli nächsten Jahres führt sehr große Uebelstände und Unbequemlichkeiten herbei. Es kann korrekter Weise allerdings, wie es in diesem und im vorigen Jahre geschehen ist, die Einnahme des Zuschlags nicht für das ganze Jahr, sondern nur für das halbe Jahr zum Etat gebracht werden. Wird, wie bisher, der Zuschlag auf zwei halbe Jahre bewilligt, so scheint dann das Defizit im Staatshaushalts-Etat ziemlich um 2 Mill. größer, als es in der That unter Bewilligung des Zuschlags ist. Wäre der Zuschlag im vorigen Jahre nicht blos bis zum Juli, sondern bis zu Ende d. Jahres bewilligt worden, so würde der Etat nicht um 2 Millionen geringer abschließen. Dadurch kommt allerdings nicht mehr oder weniger Geld in die Staatskasse, es ist aber bei manchen Betrachtungen und einfachen Benutzungen des Etats dieses unmotivirt vergrößerte Defizit störend, und hauptsächlich muß dies beitragen, daß in den Augen derer, welche von unsern Finanz-Zuständen nicht näher unterrichtet sind und die sich bloß an die in dem Etat vorliegenden Ziffern halten, unsere Finanzlage um 2 Mill. schlechter erscheint, als sie in der That ist. Ich glaube nun, daß dies im allgemeinen Interesse des Landes ist, und darum im Interesse aller Mitglieder d. H. liegen sollte, einen solchen ungünstigen Schein auf Preußen nicht haften zu lassen und, dem für die Folge vorzubeugen, die Bewilligung des Zuschlags gleich auf 1½ Jahre geschehen zu lassen. M. H.! Es werden sich vielleicht Stimmen erheben, welche den Zuschlag überhaupt nicht für nothwendig erachten; sollte diese Ansicht die der Majorität d. H. sein, dann erledigt sich die Frage so wie so; sollte aber, wie die Regierung glaubt, die Ueberzeugung Platz greifen, daß der Zuschlag in der That noch nicht entbehrt werden könne, daß er für die 6 Monate dieses Jahres noch zu bewilligen sei, und daß die Bewilligung auf 6 Monate zu nichts führen könne, wenn nicht für das nächste Jahr große Verlegenheiten entstehen sollten, dann wird es in der That eine zweckmäßige Maaßregel sein, in der Bewilligung des Zuschlags noch ein halbes Jahr zuzulegen. Ich glaubte also diesen Punkt Ihrer Beherzigung und Annahme ganz besonders empfehlen zu dürfen, und beehre mich den Gesetz-Entwurf hiermit vorzulegen.

— Die Spezialkommission für volkswirthschaftliche Interessen hat sich konstituirt. Sie ist aus 30 Mitgliedern aller Fraktionen des Abgeordnetenhauses zusammengesetzt. Vorsitzender derselben ist Abg. Lette, dessen Stellvertreter Abg. Prince-Smith, Schriftführer Abg. Parrisius (Gardelegen). Die Abgg. Strohn, v. Sänger, Michaelis und Prince-Smith wurden mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Aufhebung der Wuchergesetze beauftragt; die Abgg. Röpell (Danzig), Faucher, Michaelis, Reichenheim und Müller (Demmin) sind beauftragt, eine vollständige Gewerbeordnung unter Benutzung der andern deutschen Gesetzgebungen zu entwerfen. Abg. Schulze-Delitzsch hat sich mit einer Vorlage über das Genossenschaftswesen, namentlich in Bezug auf die Erlangung korporativer Rechte zu beschäftigen. Diese drei Entwürfe sollen dem Abgeordnetenhause zum Ergreifen der Initiative vorgelegt werden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. Jan. Der Oberpräsident v. Bonin ist von Berlin wieder hier eingetroffen.

Posen, 25. Jan. [Nationaldank.] Se. K. H. der Kronprinz hat im Namen Sr. Maj. des Königs, des Protektors des Nationaldanks für Veteranen, den k. Kreisgerichtsrath Gerber zu Kempen zum Kreiskommissar der genannten Stiftung für das Kr. Komm. Schildberg im Reg. Bez. Komm. Posen ernannt.

— [Der Polizeidirektor z. D. Stieber] hat sich bekanntlich einige Tage hier aufgehalten. Wie die „Kreuzzeitung" und der „Publizist" mittheilen, ist derselbe, wie verlautet, von der Preuß. Bank nach dem Posenschen abgesendet worden, um Recherchen betreffs der zum Vorschein gekommenen gefälschten 50 Thaler-Banknoten anzustellen. Die „Bank- und Handelszeitung" bringt die Mittheilung, daß in Berlin selbst im größeren Handelsverkehr die Annahme der 50 Thaler-Banknoten verweigert wird, indem bekanntlich die Bank den feinen Unterschied zwischen den echten und gefälschten Noten nicht angegeben hat; da aber letztere bei Zahlungen an die Bank ohne Entschädigung angehalten werden, so ist es bei der bald bevorstehenden Einziehung aller 50 Thaler-Banknoten ohne Ausnahme ganz erklärlich, daß jeder Geschäftsmann deren Annahme beanstandet. Auch in Köln nehmen weder die Privatbanken, noch die dortigen größeren Handelshäuser diese Noten an.

— [Die Krankenanstalt der barmherzigen Schwestern.] In der von den barmherzigen Schwestern des h. Vincenz verwalteten Krankenanstalt sind im vorigen Jahre 932 Personen behandelt worden, einschließlich der aus dem Vorjahre Verbliebenen. Davon sind 700 genesen, 37 als unheilbar entlassen, 65 gestorben. Am Jahresschlusse blieben 130 Kranke in Behandlung. Ueberhaupt wurden 46,289 Verpflegungstage gewährt. Im Laufe dieses Sommers wird die Anstalt durch Anbau eines großen nach Süden belegenen Flügels erweitert werden, in dessen unteren Räumen Küche, Badezimmer und Wirthschaftsgelasse, in den zwei oberen Stockwerken aber Krankenzimmer eingerichtet werden sollen. Das umfangreiche Gebäude wird mit Anwendung aller in neuester Zeit auf diesem Gebiete gemachten Verbesserungen versehen sein, insbesondere eine vorzügliche Ventilation und ein Röhrensystem erhalten, vermittelst dessen in alle Krankenzimmer warmes und kaltes Wasser, so wie Wasserdampf geleitet werden kann. Für diesen Bau ist eine nicht unbedeutende Summe ausgesetzt. Wenn dadurch einerseits das Kapitalvermögen der Anstalt sich vermindert, so wird andererseits einem Hauptübel abgeholfen, nämlich der mangelhaften Lokalität des alten Klostergebäudes, dem es an Licht, Luft und Trockenheit fehlt. Es ist zu hoffen, daß das Kapital, welches der Bau erfordert und das der Krankenpflege entzogen wird, durch fromme Legate und Zuwendungen allmälich ergänzt werden wird.

— [Verhaftung.] Gestern Nachmittag ist der Redakteur des „Dzien. pozn", Hr. Ludwig Jagielski, auf Befehl des Kgl. Kammergerichts in Berlin, Abtheilung für Staatsverbrechen, hier verhaftet, und gestern Abend bereits nach Berlin abgeführt worden. Die heutige Nummer des „Dziennik" ist von einem Hrn. Joseph Żórawski als verantwortlichem Redakteur unterzeichnet.

x **Aus dem Pleschener Kreise**, 24. Jan. [Chausseebauten; der „Neue landschaftliche Kreditverein".] Vor einigen Jahren wurde zum Zweck des Ausbaues mehrerer Chausseelinien im Kreise eine Anleihe von 108,000 Thlrn. beschlossen. Mehrere Jahre der Noth veranlaßten die Stände des Kreises, alle Chausseebauten bis zur Besserung der Kreditverhältnisse und womöglich so lange zu sistiren, bis die emittirten Kreisobligationen einen al pari Kurs erreichen würden. Mit Rücksicht auf die gebesserten Verhältnisse und mit Rücksicht darauf, daß die ziemlich bedeutenden Kreisschulden für die Warthebrücke bei Neustadt fast ganz abgewickelt, auch 5prozentige Kreisobligationen sehr gesucht sind: beschlossen die Stände auf dem am 14. v. M. abgehaltenen Kreistage, die früheren inhibirenden Beschlüsse zu Gunsten einer Chaussee von Pleschen bis zur Proßna, auf Stawiszyn zu, aufzuheben. Hierbei scheint man vergessen zu haben, daß die k. Regierung die Chausseelinien von Neustadt a. W. nach Xions und resp. nach Żerkow, als zum Warthe-Uebergangssystem gehörend, bereits prämiirt hat und den Ausbau beider Strecken umsomehr verlangen wird, als der Schrimmer Kreis, in Erwartung der Fortsetzung, die Chaussee von Schrimm nach Xions vollendet hat und dem Pleschener Kreise vor Allem die Verpflichtung obliegt, die Linie Neustadt a. W. — Żerkow zunächst zu bauen. Um nun den Bau der beschlossenen Linie von Pleschen nach der Proßna gleichzeitig zu ermöglichen, hat, wie wir hören, der Landrath unseres Kreises an die Stadt Pleschen die Aufforderung gerichtet, 10—15,000 Thlr. Kreisobligationen al pari unterzubringen. Es läßt sich erwarten, daß die Stadt ein so kleines Opfer bereitwillig bringen wird, um die höchst wünschenswerthe Handelsstraße nach dem Königreich Polen zu erreichen. — Soweit uns bekannt geworden, sind Seitens des „Neuen landschaftlichen Kreditvereins der Provinz Posen" bis zum Schlusse des vergangenen Jahres folgende Güter des hiesigen Kreises bepfandbriefst werden: Bogwidze, Bomcin, Broniszewice, Czermin, Czylcz, Czarnoszka, Chwalencin, Grudzielec, Gluski, Jarocin, Kucharki I. und II., Kuchary, Karmin, Kuczkow, Leng, Mamoty, Marszew, Ordzim, Pieruszyce, Radlin, Rzegocin, Sławoszew, Wieczyn, Wola Xiążęca, Witaszyce. Von diesen Gütern befinden sich 3 in deutschen und 22 in polnischen Händen. Von sämmtlichen, in deutschem Besitz befindlichen Gütern des Kreises gehört jetzt ⅐, von den in polnischem Besitz ⅓ dem „Neuen Kreditverbande" an. Es scheint, daß die heftige Opposition gegen dies Kreditinstitut praktisch beseitigt werden wird.

§ **Bromberg**, 23. Januar. [Räuberbande; Eisenbahnunfall; Mißgeburt.] Gestern wurde vor dem hiesigen Schwurgerichte gegen eine berüchtigte Räuberbande verhandelt, die in der Umgegend ihr Wesen getrieben hat. Die Verhandlung dauerte unter der lebhaftesten Theilnahme im dichtgefüllten Zuschauerraume, von 9 Uhr Morgens bis gegen 10 Uhr Abends. Die Angeklagten sind: Der Knecht George Michalski aus Deutsch-Briesen, die Tagelöhner Anton und Joseph Chudacz aus Dziewierzewo und der Lumpensammler Biskupski aus Pila-Mühle, sämmtlich schon wegen Diebstahls 2c. (darunter Michalski bereits sechsmal), verurtheilt. Aus der Anklage entnehmen wir: Am 31. Mai v. J. ging der Kaufmann Eisak Alexander aus Nakel auf der Chaussee von Nakel nach dem Dorfe Trzeciewnica, um Wolle zu kaufen. Kurz vor Trzeciewnica wurde er von drei Männern angehalten. Der Eine fragte ihn in polnischer Sprache, ob er eine Prise Tabak habe. Alexander hielt ihm die Dose hin, worauf dieser und einer der Begleiter eine Prise nahmen, während der dritte der Männer sich mehr zurückhielt. Hierauf fragte der Erste den A., wo er her sei. Als A. diese Frage auch an ihn richtete, wurde er plötzlich von dem Zweiten gepackt und gefragt, ob er Geld bei sich habe. Beide rangen mit einander; A wurde zur Erde gerissen, so daß er mit dem Gesichte nach unten lag und erhiel mit einem Steine drei heftige Schläge auf den Hinterkopf, in Folge deren er bewußtlos liegen blieb. Als er wieder zu sich kam, waren die Männer verschwunden. Mit vieler Mühe schleppte sich A. bis zu dem nahe wohnenden Ackerbürger Brunk, der ihn auf seinem Wagen nach Nakel schaffte. Hier vermißte er außer seiner Mütze, einigen Wollsäcken und seiner Dose auch seine Geldkatze mit 25 Thlrn. Mütze und Wollsäcke wurden später auf der Chausse wiedergefunden. Auch hatte A. einen zwei Zoll tiefen Stich in dem Oberschenkel und lag an seinen Wunden über drei Wochen krank. Gleich am folgenden Tage, 1. Juni, wurde ein zweiter Raubanfall gegen die Schweinehändler Beyer und Brückmann aus Poln. Krone verübt (wie damals auch gemeldet worden). Die Genannten hatten in Bromberg Schweine eingekauft und trieben dieselben gemeinschaftlich auf der Chaussee nach Poln. Krone. Gegen 9½ Uhr Abends erreichten sie die hinter dem Oplawiecer Chausseehause belegene Schonung. Aus derselben traten fünf Männer heraus und umringten die Schweinetreiber. Gleichzeitig richteten zwei der Räuber Pistolen auf sie und drohten mit Erschießen. Beyer und Brückmann machten Vorstellungen, indeß darauf erhielt letzterer von einem der Räuber mit einer langen Stange einen Schlag auf den Kopf, daß er niederstürzte. Beyer versuchte nun zu entkommen und lief an der Chausse entlang noch Poln. Krone zu, wurde aber bald eingeholt und durch einen Schlag mit der Stange zu Boden gestreckt. Sein Verfolger warf sich sogleich auf ihn, entriß ihm die Geldkatze und entfloh. Unterdessen hatten die übrigen Räuber dem Brückmann die Geldkatze 2c., ein Taschenmesser, einen Kamm und eine Tabakspfeife genommen und sich damit in die Schonung zurückgezogen. Als Brückmann wieder zu sich gekommen war, trieben er und Beyer die Schweine nach dem Oplawiecer Chausseehause, wo sie dieselben über Nacht stehen ließen und übernachteten selbst in einem nahe gelegenen Kruge. Brückmann namentlich war von den Mißhandlungen sehr erschöpft. In der Geldkatze des Beyer befanden sich 495 Thlr.; der Inhalt der Geldkatze des Brückmann betrug außer einem Gewerbescheine und einer Brieftasche 53 Thlr. Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich sehr bald auf die Angeklagten, und zwar bei dem Raubanfalle des Alexander auf Michalski und Anton und Joseph Chudacz, bei dem des Beyer und Brückmann auf alle Genannten und außerdem noch auf einen gewissen Lorenz Biskupski (Bruder des Angeklagten), welcher aber bis jetzt nicht hat ergriffen werden können. Unter vielen anderen Verdachtsgründen heben wir hervor: Am 4. Juni v. J. Abends erschien Michalski in Dziewierzewo-Hufen in der Wohnung des Anton und Joseph Chudacz, welche dieselbe mit ihrem Schwager, dem Käthner Michael Bleja, theilten, und zeigte dort viel Geld vor. Auch schenkte er dem Bleja wie der Frau desselben jedem einen Zehnthalerschein und wechselte am andern Morgen im Dorfe einen Hundertthalerschein. Wenige Tage darauf, als Michalski von einem Besuche in jener Gegend kam, wurde er von Gendarmen angehalten und untersucht, und man fand bei ihm eine geladene Gendarmeriepistole und den Gewerbeschein des Beyer so wie dessen Brieftasche. An Geld hatte er bei sich im Ganzen 166 Thlr. 10 Sgr. Michalski räumt ein, daß das Geld, der Gewerbeschein und die Brieftasche von dem an Beyer und Brückmann begangenen Raube herrührten, bestreitet jedoch die Verübung desselben und stellt den Zusammenhang ganz anders, natürlich in lügenhafter Weise, dar. Es wurden 20 Zeugen vernommen, deren Aussagen die Angeklagten schwer belasteten. Das Verdikt der Geschworenen lautete bei den Angeklagten Michalski, Anton und Joseph Chudacz auf „schuldig" der Raubanfälle gegen Eisak Alexander und Beyer 2c., bei Biskupski, der nur der Theilnahme an dem zweiten Raubanfalle angeklagt war, auf „nicht schuldig". Der Gerichtshof verurtheilte in Folge dessen wegen zweifachen Straßenraubes den Michalski zu 20, Anton Chudacz zu 16 und Joseph Chudacz zu 15 Jahren Zuchthaus; Biskupski wurde freigesprochen. — Dienstag Abend streifte der von Bromberg abgehende Güterzug den von Eydkuhnen kommenden Schnellzug auf der Kreuzungsstation Czerwinsk, so daß von fast allen Wagen des Schnellzuges die Griffe vollständig abgerissen, auch einige Thüren und Fenster zerschlagen wurden. Der Schnellzug konnte jedoch noch bis Bromberg fahren, wo andere Personenwagen eingestellt wurden, wodurch nur eine Verzögerung von 20 Minuten entstanden ist. — In Wola czewojewska im Kreise Mogilno hat eine Magd ein Kind mit 2 vollkommen ausgebildeten Köpfen geboren, das jedoch bei der Geburt starb. Die Leiche wurde beerdigt, da die Mutter sich weigerte, dieselbe zur Aufbewahrung in einem wissenschaftlichen Kabinet herzugeben.

Angekommene Fremde.

Vom 24. Januar.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Königl. Kammerherr Graf Radoliński aus Jarocin, Gutsbesitzer Fenner aus Zelazno, die Kaufleute Köhler aus Berlin, Naumann aus Breslau, Maurer aus Dresden und Riedel aus Leipzig.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer v. Koczorowski aus Jasin, Frau Rittergutsbesitzer v. Trawińska aus Toniszewo, Frau Kaufmann Goscimska aus Schubin und Gerichts-Assessor Schatz aus Grätz.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Kaufmann Milde aus Magdeburg, die Rittergutsbesitzer v. Wedel aus Brody und Schmidt aus Charzewo, Administrator Magdziński aus Krzyżany und Partikulter Bach aus Rawicz.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer v. Węsierski aus Myszki und Agronom Sniegocki aus Kunowo.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Partikulier Lavino aus Sierosław, die Kaufleute Mattoreck aus Düren, Gebrüder Jacoby aus Berlin, Hinze, Heinrich und Dockhorn aus Breslau, Kock aus Barmen, Bader aus Grünberg, Döring aus Leipzig, Wünnenberg aus Dülken, Feldheim aus Dettelbach und Oelsner aus Hamburg.

BAZAR. Advokat Cięgliński aus Warschau, die Gutsbesitzer v. Dziembowski aus Kłudzin und v. Zabłocki aus Tunowo.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Bernhard aus Lissa, Oberförster Fintz aus Enin, Wirthschafts-Eleve v. Koszutski aus Modliszewko, Hotelbesitzer Paprzycki aus Wreschen und Inspektor Sanitz aus Dembnica.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Cohn aus Peysern, Lauter aus Schlochau, Uri aus Küstrin und Landsberg aus Berlin.

EICHENER BORN. Die Gastwirthe Kasper und Stelmacher aus Swiączyn, Ziegeleibesitzer Paschen aus Xions, Kantor Goldkraut aus Witkowo, Schneidermeister Schwarz aus Kosten und Kaufmann Löwenthal aus Samter.

KRUG'S HOTEL. Domänenpächter Klisch aus Schildberg, Kammmacher Schwarzbauer aus Guhrau und Landwirth Gernetto aus Teklinow.

BRESLAUER GASTHOF. Die Handelsleute Leifert und Gebrüder Gödel aus Rewersdorf, Gödel aus Zduny und Hoffmann aus Stettin.

(Beilage.)